

Berlin, Freitag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mt. ...

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. ...

Telegraph-Adress: Börsefronte. Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 9. April 1909.

Als besondere Beilagen erscheinen Verhandlungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Diebstahl-Listen der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Besetzungstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 50 Pf.

Beilagenpreis 1 Mt.

Heute Nr. 243.

Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung Sonnabend, den 10 April 1909, nachmittags.

Die Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Vom Tage.

Wie gemeldet wird, steht der Rücktritt des deutschen Vizepräsidenten von Venezuela Casaro aus Martinique.

Die französische Regierung beschloß die Ausweisung des früheren Präsidenten von Venezuela Casaro aus Martinique.

Mitglieder der Schiedsgerichtsgruppe des französischen Parlaments richteten an das türkische Parlament die Einladung, im Juni eine Abordnung nach Paris zu entsenden.

Sämtliche Arbeiter der Grube von Boh der Sächsisch-Mährischen A.-G. für Braunkohlenverwertung traten wegen Entlassung eines Kameraden in den Ausstand.

Ruhig Blut!

Unter dieser Ueberschrift war unlängst, anlässlich der neuesten Blockade, die parteiisidige Kluggebung der Konservativen in der „Konj. Kor.“ erschienen, deren Zweck es war, der angeblich sensationell zugefügten Nachricht liberaler Blätter von einem Scheitern des Blocks oder von einer „sogenannten“ Kündigung des Blocks durch die Konservativen entgegenzutreten. Eine „ruhige und besonnene“ Ermüdung der politischen Lage wurde in dieser Parteiklugebung dringend anempfohlen; den eigenen konservativen Parteigenossen wohl nicht minder wie den — angeblich — einer gänzlich falschen Auslegung der von Normannschen Erklärung schuldigen Liberalen. Man konnte mit dieser Parole „ruhig Blut!“ an und für sich ja wohl durchaus einverstanden und geneigt sein, sie sich anzueignen, insofern das etwa noch nicht gefehlet war. Ruhig Blut und kühle Ueberlegung tun immer gut, nicht bloß in einem Augenblicke von Furchen- und Festbestimmung, wie er momentan da ist, sondern erst recht in der nächsten Folgezeit, die wichtige Entscheidungen erfordern wird, deren Zustandekommen durch leidenschaftliche Gehässigkeiten und böswillige Unterstellungen keinesfalls gefördert werden kann.

Aber wie die charity at home begins, so wird auch, wer gute Ratsschläge erteilen will, mit ihnen und mit ihrer Befolgung bei sich selber den Anfang machen müssen. Das kann man verlangen und pflegt von der jeweiligen anderen Seite verlangt zu werden. So auch in diesem Falle. Ruhig Blut werden also vor allem die Konservativen zu bewahren haben, wenn sie sich in der generellen Frage der Blockzwillingkeiten und im besonderen in der Frage der Reichsfinanzreform mit der Linken auseinandersetzen wollen. Man wird das von ihnen fordern müssen namentlich in Anbetracht der Art und Weise, wie von konservativer Seite in letzter Zeit die Polemik über die Differenzen wegen der Reichsfinanzreform geführt worden ist. Charakteristisch erscheint da nicht nur der Ausfall gegen die Linke, den sich die sächsischen Konservativen in ihrer am Mittwoch abend von uns reproduzierten Resolution erlaubt haben. Wenn in dieser einstimmig beschlossenen Kluggebung die konservative Partei Sachsen entschieden Verwahrung einlegt gegenüber der „politischen Brunnens-bergung“, die von liberaler und freisinniger Seite in der öffentlichen Erörterung der Frage der Reichsfinanzreform teilweise betrieben werde, so ist

eine solche Beschuldigung sicherlich nicht schön. Noch weniger schön aber, vielmehr geradezu abstoßend ist die Unverfrorenheit, mit der seit Wochen schon fortgesetzt in dem führenden Organ der preussischen Konservativen die gegen die Liberalen aller Richtungen sich kehrenden Angriffe gepflegt werden mit dem Vorwurfe politischer Unehrlichkeit, unehrlichen Treibens, gleichviel ob es sich dabei handle um die Beurteilung der besonnenen von Normannschen Erklärungen oder um die Stellung der Liberalen zur Nachschaffungsfrage oder um ihr Verhalten gegenüber den mannigfachen direkten Steuern. Raum eine einzige betreffende Darlegung der „Kreuz-Ztg.“ kann man zu Gesicht bekommen, ohne jener verletzenden Nachrede unehrlichen politischen Gebahrens zu begegnen.

Es ist ein Maß in den Dingen. Es ist in der Polemik ja manches erlaubt, und es wäre verkehrt, jedes Wort, jeden Ausdruck auf die Waagschale zu legen. Aber eine Grenze muß sein und muß innegehalten werden, über die hinauszuweichen auch einem politischen Angreifer nicht gestattet sein darf. Wer selber über Brunnensbergung klagt, falls sie — seiner Ansicht nach — von anderer Seite kommt, der sollte feinerseits sich hüten, sich der Brunnensbergung schuldig zu machen, falls er sich nicht dem aussetzen will, an die über Aufrührer klagen den Gracchen erinnert zu werden. Und sich Rekriminationen anzuziehen, deren Zurückweisung ihn schwer fallen dürfte. Wenn schon einmal von politischer „Unehrlichkeit“ die Rede sein soll, so wird man den konservativen Heißspornen, die so geschicklich sind, daß sie ausgerechnet nur den Splitter im Auge des andern sehen, die Frage vorlegen dürfen: „was ist das denn für ein Maß von „Ehrlichkeit“, das die Finanzreform in allen vorbereitenden Stadien und beispielsweise noch am 15. Dezember 1908, für „das wichtige nationale Reformwerk“ erklärt (s. „Kreuz-Zeitung“ von jenem Tage), hinterher dagegen zwischen „nationalen Aufgaben“ und Finanzreform einen tiefen Strich macht? Und wo bleibt die „Ehrlichkeit“, wenn in agrarischen und konservativen Handbüchern ebensoviel der Erbrechtsreform wie der Besteuerung der Erbschaften an Dejuden und Ehegatten die Berechtigung ausgesprochen, hinterher aber, wenn die Sache zum Klappen kommt, dem „naiven Volk“ weiszumachen und „Krauersteuer“ und „Bienen- und Waisensteuer“ und was dafür sonst an schönen Bezeichnungen ausgeklügelt wird, seien der wahre Ruin für „Familienfinn“ und geeignet, die gesamten Grundlagen des Staates zu erschüttern? Und wo stehen die Brunnensbergiger, wenn von der einen Seite auf die 85 pCt. landwirtschaftlichen Besitzer hingewiesen wird, die schon wegen der hohen für die Nachschaffungssteuerung vorgesehenen unteren Grenze steuerfrei bleiben, während von der anderen Seite darüber so gut wie mit Stillschweigen hinweggegangen wird?

Wer endlich ist der „Unehrlichkeit“ schuldig, der, der die von Normannschen Erklärungen als Blockkündigung ansah, oder der, der (s. „Kreuz-Ztg.“ vom 27. März) gleichsam in einem Atem jedweden bezüglichen an den genannten Parteiführer erteilten Auftrag ablehnet, um einige zwanzig Zeilen tiefer einzusehen, daß eine entsprechende Mantel-Ermächtigung tatsächlich bereits in der konservativen Fraktionsfassung vom 1. März zum Beschluß erhoben worden war! „Höher als die Einhaltung des Blocks müsse die Durchführung der Finanzreform stehen“, so lautete der Beschluß in seinem ersten Teile. Und in seinem zweiten Teile gab er „dem Fraktionsführer die Ermächtigung, zu einem Zeitpunkt in der weiteren Entwicklung der Beratungen über die einzelnen Steuern, den er nach seinem Ermessen für den geeigneten halten würde, den übrigen Parteien Kenntnis von dem Beschluß der Fraktion zu geben.“ War diese carte blanche kein Auftrag? Und war es „unehrlich“, ihn als solchen zu verweigern oder ihn als solchen aufzufassen?

Es kann nur bedauert werden, daß solche Auseinandersetzungen nötig und überhaupt möglich sind. Sie sind es nur, weil sich die Konservativen und zumal der maßgebende Teil ihrer Presse in dem Eifer ihrer Polemiken soweit haben fortstreuen lassen, wie das auch bei größter Schroffheit der Gegenseite eigentlich nun und nimmermehr vorkommen sollte. Wer selber so im Glashaufe sitzt, wie die Konservativen, sollte es sich jedenfalls zweimal und öfter überlegen, ehe er den politischen Kampf mit dem an den Gegner gerichteten Vorwurf der Unehrlichkeit befristet!

Telegramme.

Köln, 8. April. (Priv.-Tel. d. V. B. Z.) Der Verein der nationalliberalen Jugend in Köln hat in der Hauptversammlung folgende Entschlüsse angenommen: Der Verein der nationalliberalen Jugend begrüßt freudig die jetzige Haltung der nationalliberalen Partei zur Reichsfinanzreform und erwartet aufs bestimmteste, daß die Reichsfraktion unter Hintansetzung der Rücksichten auf die Blockpolitik selbst mit Gefahr der Auflösung daran festhält, daß die Reichsfinanzreform nur durch eine ausgiebige Steuer auf den Besitz zustande kommt. Die Versammlung erblüht in der Befürchtung der Erschaffung entgegen der treffendsten Agitation des Bundes der Landwirte die einzige Lösung in den Wirren der Reichsfinanzreform und bittet der Fraktion daher für die Einführung einer solchen Steuer energisch einzutreten.

Wien, 8. April. (C. T. C.) Der Kaiser hat genehmigt, daß 60 englische Offiziere und Kriegsakademie-Schüler in zwei Abteilungen Ende April bis Mitte Mai die auf deutschem Gebiet liegenden Schlachtfelder bei Weissenburg, Wörth, Spichern und um Metz zu Studienzwecken aufsuchen. Zur Führung wird ein deutscher Offizier für die Weiger Schlachtfelder zur Verfügung gestellt.

Wien, 8. April. (C. T. C.) [Melbung des Wiener K. K. Teleg. Korresp.-Bureaus.] Das „Fremdenblatt“ konstatiert mit Verdrüßigung, daß die maßgebenden Faktoren Montenegro den Wert des Entgegenkommens Oesterreich-Ungarns, wie aus der heute veröffentlichten montenegrinischen Note ersichtlich sei, richtig einschätzen wissen. Wennschon an dieser Note manches auszuheben wäre, will das „Fremdenblatt“ darüber hinweggehen, einerseits um die Schwierigkeiten, mit welchen die Politik Montenegro gegenwärtig zu kämpfen habe, nicht zu verneinen, andererseits mit Rücksicht auf das italienische Kabinett, dessen Intervention die rasche Beilegung der Differenzen herbeigeführt hat. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Antliche Nachrichten.

Der König hat den Gymnasialoberlehrer, Professor Dr. Otto Haenike zu Stettin und Waldemar Hoffmann zu Schlawe, den preussischen Merzten Dr. Karl Rhode zu Bergisch-Gladbach im Landkreise Mülheim am Rhein und Dr. Wilhelm Schaefer zu Bruchhausen im Kreise Mülroth, dem Oberpostinspektor a. D., Zollrat Karl Grosse zu Kolberg, bisher in Rügenwalde, dem Seminarlehrer a. D. Karl Schallack zu Berlin, bisher in Sagan, dem Eisenbahnsekretär, Rechnungsrat Eduard Verntzky zu Cassel und dem Amtsgerichtssekretär a. D., Rechnungsrat Ferdinand Wallrafel zu Rasthof den Notariats-Abordern vierter Klasse,

dem bisherigen Ersten Vorstandsbeamten der Reichsbankhauptstelle in Leipzig, Geheimen Regierungsrat Albert Kalahne den königlichen Kronenorden zweiter Klasse,

dem Oberstleutnant a. D. von Stadig zu Leuthen im Landkreise Rottbus, bisher in der 3. Gendarmerie-Brigade, dem Geheimen Raurat Julius Sauerwein zu Harburg, bisherigem Vorstände der Eisenbahn-Betriebsinspektion dafelbst, dem Admittalitätsrat, Professor Dr. Köppen, Abteilungs-Vorstand bei der Deutschen Seewarte in Hamburg, dem Barrer Franz Imphenbach zu Bergisch-Gladbach im Landkreise Mülheim am Rhein, dem Geheimen Rechnungsrat Louis Stahlberg zu Berlin, bisherigem Vorsteher der Hauptbuchhalterei der Reichshaupt-